

BUCHBESPRECHUNGEN

A. W. UHLIG
HAT DIE SPD NOCH EINE CHANCE?

Band 2 der Sammlung „Heiße Eisen“. Isar-Verlag München, 302 Seiten, Preis 9,80 DM.

Das Buch ist flott geschrieben. Uhligs Gedankengänge sind aber zwiespältig, und das Körnchen Wahrheit, das in vielen Bemerkungen steckt, geht nicht über das hinaus, was in der innerparteilichen Diskussion der SPD schon lange erörtert worden ist. Wichtige gesellschaftliche Tendenzen der letzten fünf Jahre bleiben unberücksichtigt, weil sie offenbar nicht in das Schema der Doktrinen hineinpassen, die den Verfasser bei seiner Kritik leiten. Eine klare Antwort, wo denn die Chancen der SPD liegen sollen, erfolgt nicht.

Ihre Chance hat die SPD in den Jahren nach 1945 angeblich zum ersten Mal verpaßt, als sie die Bezeichnung „Patriotische Partei“ in einem Augenblick auf ihr Banner schrieb, „da sowohl die Generationen des Krieges als auch die heranwachsende Jugend im Patriotismus der Vergangenheit nichts mehr zu entdecken vermochten, was sie hätte faszinieren können“. Andererseits habe die Partei sich auch nicht zu der Einsicht durchringen können, „daß die Zeit des Klassenkampfes und der Theorien einer ideologischen Vergangenheit vorbei ist“.

Zum zweiten Male soll die SPD ihre Chance verpaßt haben, als sie den „Sprung aus dem fahrenden Zug“ tat, als sie die Pariser Verträge ablehnte und sich damit der „angesichts der Tatbestände abwehrmäßig notwendigen Verteidigungsgemeinschaft gegen unverhüllte sowjetische Machtansprüche“ verschloß. Denn nur durch die Annahme der Pariser Verträge hätten die westlichen Alliierten dazu gebracht werden können, sich vorbehaltlos für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Daß die enge militärische Bindung an den Westen sich in den letzten Jahren als das entscheidende Hindernis für Konzessionen der Bolschewisten in der Frage der Wiedervereinigung erwiesen hat, übergeht der Verfasser mit Stillschweigen.

Uhlig fordert von der SPD: Trennt euch von Marx und eurer ideologisch belasteten Vergangenheit! Marx ist überholt! Und nur durch den Verzicht auf ihn und seine Lehren könnt ihr den erforderlichen eindeutigen Trennungsstrich zum Osten ziehen! Nur so kommt auch euer verdienstvoller Abwehrkampf gegen die SED zum Tragen.

Hier stoßen wir auf die erste Doktrin Uhligs: Die frühere Klassengesellschaft hat sich in Gruppen aufgelöst; folglich gibt es keinen Klassenkampf mehr. — Daß der Klassenkampf bei uns, wenn auch in veränderten Formen, wieder aufgelebt ist, seitdem die ärgsten Nöte des Zusammenbruchs überwunden sind, daß eine in

ihrer Schnelligkeit und ihrem Ausmaß kaum vorstellbare Akkumulation neuer Riesenvermögen stattfindet, will Uhlig nicht sehen. Denn dann müßte er auch seine These fallenlassen, daß es dem deutschen Arbeiter ausgezeichnet gehe; er befinde sich in der Spitzengruppe der europäischen Arbeiter. Als Beweis dafür dient ein Index über die Reallohnentwicklung von 1950 bis 1954. Danach war die Steigerung der Reallöhne in Westdeutschland am stärksten. Daß am Ausgangspunkt des Index die westdeutschen Reallöhne wesentlich tiefer lagen als in Belgien, Frankreich, Holland, England und Schweden, bleibt unerwähnt.

Die zweite Doktrin Uhligs lautet: „Die freie Marktwirtschaft hat sich als die leistungsfähigste Form der Volkswirtschaft auch für die Interessen der Arbeiterschaft erwiesen, weil sie das größte Sozialprodukt erbringt und gleichzeitig Aufstiegsmöglichkeiten bietet.“ Gerade letzteres hat die SPD von jeher bestritten und bestreitet es auch noch heute. Darauf ist Uhlig nicht eingegangen. In etwa bestätigt er aber diese Feststellung, wenn er an anderer Stelle schreibt: „Die Bewährungsprobe, dem freiheitlichen Menschen in der freien Wirtschaft seine materielle und geistige Existenzgrundlage zugleich zu sichern, steht erst noch bevor.“ Daraus läßt sich bei unvoreingenommenem Denken doch nur der Schluß ziehen, daß die freie Marktwirtschaft eben doch nur mit Einschränkungen anerkannt werden kann.

Uhligs dritte Doktrin heißt: Die Unternehmer sind verständigungsbereit, so daß ein gemeinsames Handeln möglich ist, wie es das kommende Atomzeitalter fordert. — Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Atomkraft zeigen aber erneut, daß die Verständigungsbereitschaft aufhört, sobald es um den Profit und die wirtschaftliche Macht geht. Uhlig führt als Beweis für seine Behauptung die „Gedanken zur sozialen Neuordnung“ der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und deren Zehn-Punkte-Programm von diesem Frühjahr an. Es ist eigenartig, daß Uhlig, der mehrfach auch Zitate aus den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ bringt, sie also gut zu kennen scheint, die scharfe Kritik übergeht, die *Karl Hinkel* an diesen „Gedanken zur sozialen Neuordnung“ geübt hat (Heft 7/1953). Hinkel bezeichnet diese „Gedanken“ als einen Versuch, den Status quo mit der Ehrfurcht vor dem Menschen zu begründen und die Verwirklichung einer idealen Ordnung als Vergewaltigung der Wirklichkeit anzuprangern. Diese Kritik entlarvt die Doktrin von der Verständigungsbereitschaft der Unternehmer als abwegig und unreal. Ihre Anerkennung durch den Verfasser würde natürlich das ganze Buch entwerten, weil dann ersichtlich würde, daß er den gesellschaftlichen Schein nicht vom gesellschaftlichen Sein zu trennen vermag und sein Appell an die SPD nichts Greifbares zu bieten hat. Oskar Wettig

PAUL BINDER

DIE STABILISIERUNG DER
WIRTSCHAFTSKONJUNKTURVerlag Dr. H. Seewald, Stuttgart 1956, 116 Seiten,
Preis 7,80 DM

In der gegenwärtigen Atmosphäre des deutschen Wirtschaftswunders darf man zwar von Konjunkturüberhitzung reden, nicht aber von ihrem Gegenstück, der Depression — denn man lebt nach dem Grundsatz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Um so begrüßenswerter ist eine nüchterne Analyse, wie sie in dem vorliegenden kleinen Buche gegeben wird. Binder sagt kühl und knapp: „Ein vorübergehendes Nachlassen der Investitionstätigkeit ist nicht ausgeschlossen . . . Auch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß eine Überhitzung der Konjunktur zur Ursache einer ausgeprägten Wirtschaftsdepression werden kann.“ Das ist keineswegs Schwarzmalerei, sondern objektiv-nüchterne Sachlichkeit. Und der Verfasser zeigt mit Recht, daß man nur dann „auch in Depressionszeiten“ Herr des konjunkturellen Geschehens bleiben wird, wenn man eben der Möglichkeit eines Rückschlages ins Auge sieht.

Binder spricht vom „Wahn einer ewigen Prosperität“, um dessentwillen die Amerikaner 1929 „der neuen Situation geistig nicht gewachsen waren“. Andererseits sind seine Folgerungen durchaus positiv: Zwar wird seiner Auffassung nach eine sachgemäße und konstruktive Depressionspolitik die Krise nicht voll verhindern können, aber sie vermag den Rückschlag einzudämmen. Als wichtiges Instrument können hier produktivitätsgerechte Preissenkungen dienen, die zur Verbrauchsstabilisierung beizutragen vermögen.

Binder umreißt scharfsichtig eine Reihe echter Gefahrenherde in der modernen Wirtschaft, die auch für Westdeutschland Geltung haben, wengleich hier infolge der noch immer anhaltenden Wiederaufbaukonjunktur und der Aufrüstungstendenzen eine spezielle Situation vorwaltet. So besteht nach seiner Ansicht die besondere Gefährlichkeit der gegenwärtigen Konjunktursituation darin, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten der Wohnungsbau nicht mehr als automatischer Stabilisator wirkt: Wenn z. B. um 1900 die Zinssätze in der Krise sanken, so belebte das den Wohnungsbau, der heute relativ unabhängig vom Zinssatz geworden ist. Man kann in dieser Tatsache aber auch etwas Positives sehen: Heute braucht man nicht zu warten, bis die Krise erst da ist und die Zinssätze drückt, sondern der Wohnungsbau könnte angesichts seiner Abhängigkeit vom Staat schon vor Eintreten der „sekundären Krisenperiode“ bewußt als Krisenverhinderungsinstrument eingesetzt werden.

Andererseits weist Binder auch auf speziell für Westdeutschland bedeutsame Gefahren hin: Eine allzu rasche Rationalisierung in einzelnen

Branchen, der nicht Schaffung von Arbeitsplätzen anderwärts gegenübersteht, kann Arbeitslosigkeit hervorrufen. Angesichts der Tendenz zur Hortung von Abschreibungsbeträgen in solchen „neuen“ rationalisierten Produktionen können sodann Ungleichgewichte entstehen, die zu „Abwärtsspiralen“ führen. Ähnliche Gefahren sieht Binder in den Kartelltendenzen unserer Zeit: „Das Festhalten von Kartellpreisen stellt in ähnlicher Weise wie eine Steuererhöhung den Versuch dar, die Auswirkungen der Depression von sich auf andere abzuwälzen; es verschärft also die Depression der übrigen Wirtschaft“.

Es finden sich in dieser interessanten Arbeit sehr viele Argumente, die gewerkschaftlichen Gedanken entgegenkommen. So z.B., wenn der Autor die Auffassung vertritt, auch in der Vollbeschäftigung seien Lohnerhöhungen „wünschenswert und möglich“ — weil sie zu einem rationelleren Arbeitskräfteeinsatz und zu einer sinnvolleren Vermögensbildung führten. In dieser Richtung liegt auch die Forderung, bei Eintreten eines Rückschlages müsse ein möglichst hohes Verbrauchsniveau gesichert werden, z. B. durch hohe Arbeitslosenunterstützungen, Senkung der Steuern für kleine Einkommen und auf den Verbrauch usw. Beachtenswert ist auch der Hinweis, daß man mit wachsendem Bedarf an Arbeitskräften die gewerbliche Tätigkeit von Ehefrauen auch steuerlich begünstigen müsse.

Besonders bedeutsam aber bleibt die nüchterne und treffende Analyse jener Frage, die im Streit Adenauer kontra Erhard/Schäffer soviel Staub aufgewirbelt hat. Soll der aus gehorteten Steuerbeträgen aufgebaute „Julisturm“ des Bundesfinanzministers mit dem Brecheisen einer linearen Steuersenkung geschleift werden? Binder sagt hier ganz klar: „Wir haben kein Interesse an einer weiteren Ausdehnung der privaten Investitionen und des gehobenen Konsums ... Richtete sich der Mehrverbrauch auf Nahrungsmittel und Bekleidungsartikeln, so könnte er aus den vorhandenen Produktionskapazitäten befriedigt werden.“

Das spricht deutlich zugunsten einer Hebung des Einkommensniveaus der unteren Schichten der Einkommenspyramide.

Der Autor macht sehr konsequent den Vorschlag, man möge die übermäßige Investitionstätigkeit dadurch drosseln, daß Gewinne und Abschreibungsbeträge eine Steuerbegünstigung erfahren, sofern sie in bestimmten Zentralbankkonten langfristig „eingefroren“ werden; ähnliches soll auch mit privaten Sparbeträgen geschehen. Hier wird ganz deutlich, wo denn eigentlich der Beelzebub der „Konjunkturüberhitzung“ liegt — nämlich bei den Unternehmern, nicht aber bei den Lohnforderungen der Gewerkschaften, die man so gern zum Sündenbock stempeln möchte. Allerdings richtet Binder auch an ihre Adresse einige — im Ton recht gemäßigte — Mahnungen zur Mäßigung.

K.K.

HANS PETER

MATHEMATISCHE STRUKTURLEHRE
DES WIRTSCHAFTSKREISLAUFES

Verlag Otto Schwanz u. Co., Göttingen, 230 Seiten, Preis
34 DM.

Der bekannte Tübinger Nationalökonom legt mit dem vorliegenden Buch der Öffentlichkeit eine geschlossene und fast vollständig in mathematische Symbolsprache und Operationen übertragene Darstellung der ökonomischen Kreislaufprozesse vor. Wenn man sich durch die schwierigen Gleichungen hindurchbemüht hat, ist man gewiß nicht ohne Gewinn, obwohl man sich bei mancher Darstellung fragt, ob die Anwendung der Mathematik auf diesen oder jenen Teilbereich nun wirklich eine Vereinfachung des Ausdruckes und damit eine leichtere Verständlichkeit mit sich bringt.

Gewisse Vertreter der neuesten Schule der Nationalökonomie halten diese totale Unterwerfung unserer Disziplin unter die Mathematik, ja ihr Betreiben nur noch als eine mathematische Unterdisziplin, nun allerdings für unvermeidlich, ja förderlich und zukunfts-trächtig. Die künftigen jungen Studenten der Volkswirtschaftslehre werden dann wohl oder übel ihrem Studium eine mehrsemestrige Beschäftigung mit der Mathematik vorausschicken müssen, falls sie jemals überhaupt dann noch in die ökonomischen Probleme und Geheimnisse eingeweiht werden können, von dem intelligenten Arbeiter dabei ganz zu schweigen, der früher sehr gut befähigt war, sagen wir, *Ricardo*, *Karl Marx* und *Alfred Marshall* zu lesen und mehr noch zu verstehen, ganz abgesehen davon, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit bei uns auf seine Probleme nun überhaupt keine verständliche und zufriedenstellende Antwort mehr erhalten kann.

Blickt man zudem auf die Wurzeln dieser — gewiß nicht bei Peter, aber ansonsten — ziemlich häufig esoterisch anmutenden modernen mathematischen Schule zurück, so ist man verwundert, gerade bei den bedeutendsten ihrer Vertreter ganz andere Auffassungen anzutreffen, als man bei den heute vielberufenen „Vätern“ dieser Richtung eigentlich vermuten sollte. *Vilfredo Pareto* beispielsweise und *Alfred Marshall*, die wohl unbestritten eigentlich mehr nolens als volens diese Richtung heraufführen halfen, verwiesen bekanntlich die mathematische Übersetzung und Kommentierung ihrer Lehrbücher jeweils in einen Anhang, der für ihre Theorien als solche, denen sie bewußt eine streng geschlossene Form verbaler Logik verliehen, mehr oder weniger ohne Belang war und nur jenen gleichgestimmten Seelen zur Freude dienen sollte, die wie sie die Mathematik als privates Hobby betrieben.

Aber vielleicht führt das etwas kritischere Studium der Väter der mathematischen Schule doch dazu, daß wir wieder Werke bekommen,

die allgemein lesbar sind und nicht im „Elfenbeinturm der mathematischen Gleichungen“ verharren (*G. Schmölders*), sondern sie auf das *erkenntnismäßig* Unvermeidliche beschränken und in den Anhang verweisen. Dem inneren Wert und der Wirkung des Buches von Hans Peter z. B. wäre es herzlich zu gönnen, daß es in einer solchen, sagen wir, populäreren Fassung diese verdiente breitere Wirkung erlangen würde.

Dr. G. E.

PAUL A. SAMUELSON

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Übertrages und eingeleitet von Dr. Wilhelm Hankel, Bund-Verlag GmbH., Köln-Deutz 1955, 820 Seiten, Ganzleinen 28 DM, Brosch. 22 DM.

Über den wissenschaftlichen Wert und das pädagogische Geschick des bekannten Werkes von Samuelson, das sich bescheiden „Eine Einführung“ nennt, Näheres auszuführen, erübrigt sich, da das Notwendige hierüber bereits anläßlich der Herausgabe der 1. Auflage in dieser Zeitschrift gesagt wurde (Heft 12/1951). Zudem spricht der Ruhm, den sich dieses bewährte Buch seit seinem Erscheinen, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch bei uns errungen hat, beredt für sich selbst. Hier handelt es sich darum, das außerordentliche Verdienst zu unterstreichen, das der Bund-Verlag sich dadurch erworben hat, daß er das Werk, bereinigt von den unglaublichen Fehlübersetzungen und sonstigen Mängeln der 1. Auflage, in einer mustergültigen Form neu herausgebracht hat, die den Erwerb der 2. Auflage für alle Freunde des Buches unerläßlich macht.

Der nunmehrige Übersetzer hat dem Werk jetzt nicht allein die einwandfreie Gestalt, sondern auch den adäquaten stilistischen Ausdruck mitgegeben und zudem ein kenntnisreiches Vorwort beigesteuert, das das Werk richtig in die zugehörige Position innerhalb der modernen Wirtschaftstheorie einordnet, wodurch nicht nur dem Laien das Verständnis zweifellos ungemein erleichtert wird. Das Stichwort „Die neoklassische Synthese der Wirtschaftstheorie“, das er dabei gebraucht, wird durch eine Fülle von Namen und Hinweisen verdeutlicht, wobei vielleicht nur zu wünschen übriggeblieben wäre, diese Namen für den Anfänger in den rechten Zusammenhang mit den zugehörigen Ideen zu rücken. So ist auf der Grundlage der 3. Auflage (1955) des amerikanischen Originals eine inhaltlich, methodisch und sprachlich ebenso gediegene wie elegante Darstellung der Grundzüge der modernen Theorie entstanden, die dieses Buch zweifellos nicht nur an den Universitäten, sondern auch bei den Autodidakten, wie überhaupt bei jedermann, der an der modernen Wirtschaftstheorie interessiert ist, heimisch machen wird.

Dr. G. E.

ALBERT MÜLLER

PRODUKTIVITÄTSRENTEN SICHERN
DEN LEBENSABENDAsgard-Verlag, Bad Godesberg 1956,
88 Seiten, Preis 2,85 DM

Obwohl die Zahl der Veröffentlichungen über Fragen der Sozialreform fast mit jedem Tag größer wird, ist es sehr zu begrüßen, daß der Redakteur der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“, *Albert Müller*, eine erste zusammenfassende Darstellung der Beschlüsse über die Neuordnung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten herausgegeben hat.

Die Diskussion, die unter dem weiten Begriff der Sozialreform als Gesellschaftsreform begonnen hat, verengte sich zur Behandlung der Neuordnung der sozialen Leistungen und innerhalb dieses Bereichs auf die Neuordnung der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte. Die einschlägigen Gesetzentwürfe hierzu haben die 1. Lesung im Bundestag passiert. Mit diesen Gesetzentwürfen beginnt ein neues Zeitalter der sozialen Sicherung, insbesondere der Alterssicherung. Müllers Schrift will den an diesem Problem Interessierten, d. h. den praktischen Sozialpolitikern, die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge aufzeigen, auf deren Hintergrund das Problem gesehen werden muß.

Die Notwendigkeit einer dauernden Anpassung der Alterssicherung an die sich ständig ändernde Entwicklung einer „dynamischen Industriewirtschaft“ und die bisherige Struktur der Rentenversicherung kommen nicht überein. Diese ist falsch konstruiert. Die Konstruktionsfehler werden im einzelnen dargelegt. Auf dem Boden einer Bindung der Renten an die Nominaleinkommen wird die den Beschlüssen des Bundeskabinetts entsprechende neue Rentenformel entwickelt. Die Kosten der Produktivitätsrente und ihre Finanzierung werden eingehend behandelt, und es wird nachgewiesen, daß die geplante Neuregelung die Währung nicht gefährdet.

Die Schrift klingt aus in der Forderung nach einer guten Lohnpolitik, bei der die Sozialpartner das entscheidende Wort zu sprechen haben. Die Lohnbindung der Renten sei „Ausdruck einer mündig gewordenen Industriegesellschaft“.

Der besondere Wert dieser neuen Veröffentlichung liegt in der Zusammenschau des Problems, wodurch sie sich von manch anderen Veröffentlichungen angenehm abhebt. Erwünscht wäre gewesen, wenn sie im Schlußkapitel das Eingebettetsein dieses Teilbereichs der Reform der Sozialleistungen in die Gesamtproblematik der Gesellschaftsreform deutlich betont hätte. Die Gewerkschaften zumindest vergessen nicht, daß das Endziel der von ihnen angestrebten sozialpolitischen Entwicklung immer die Neuordnung der Gesellschaft bleibt.

Dr. Franz Deus

CHARLOTTE LORENZ

ENTWICKLUNG UND LAGE DER WEIBLICHEN
LEHRKRÄFTE AN DEN
WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN
DEUTSCHLANDSVerlag Duncker & Humblot, Berlin, 40
Seiten, Preis 6,— DM

Ein Vorwort der Ersten Vorsitzenden des Deutschen Akademikerinnenbundes weist auf die „unverdient schlechte Lage“ der weiblichen Hochschullehrkräfte in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern hin. Frau Prof. Lorenz von der Universität Göttingen gibt in der vorliegenden Schrift eine ausgezeichnete Übersicht, die auf sehr eingehenden statistischen Unterlagen beruht. Dabei werden auch die Verhältnisse an westdeutschen Universitäten mit denen der DDR verglichen, wo fast 10 vH der Lehrkräfte Dozentinnen sind, in der Bundesrepublik nur 3,2 vH des Gesamtlehrkörpers. Den Schluß bilden Tabellen, in denen für die einzelnen Hochschulen und Fakultäten angegeben wird, wie viele weibliche Lehrkräfte dort tätig sind, aufgeteilt nach Alter, Familienstand, akademischer Position (1,4 vH aller ordentlichen Professoren nur weiblich), und Fachrichtungen (allein Anglistik und Romanistik 26 vH, 10 vH Naturwissenschaften, 7 vH Medizin, 6 vH Rechts- und Staatswissenschaften). Die Verhältnisse haben sich seit dem Erhebungsdatum 1953 nicht wesentlich gebessert.

Dr. W. W. Puls

JOSEPH HÖFFNER

SOZIALPOLITIK IM DEUTSCHEN
BERGBAU

Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Band 3. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster in Westf. 1956. 152 S., kart. 9 DM, geb. 11 DM.

Die vorliegende Untersuchung krankt verschiedentlich an der Einseitigkeit der Betrachtungsweise, was nicht verwundert, wenn man weiß, daß man es mit einer Arbeit zu tun hat, die von der „Wirtschaftsvereinigung Bergbau“ auffallend erfreut begrüßt wurde.

Bereits im zweiten Satz des Vorworts weist Höffner darauf hin, daß der gesamte Sozialaufwand im deutschen Bergbau 84,45 vH der Bruttolöhne und -gehälter ausmacht. Diese Quote erscheint auf den ersten Blick überraschend hoch, wenn der Bergbau auch zweifellos höhere soziale Aufwendungen zu leisten hat als jeder andere Wirtschaftszweig. Von dem genannten Prozentsatz müssen jedoch 11,9 vH Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Knappschaff und ein erheblicher Teil des betriebsbedingten bzw. betrieblichen Sozialaufwandes abgezogen werden, da hierbei unter anderem auch Aufwendungen für den Rettungsdienst

(darunter für Grubenwehren und Gasschutzwehren) und für Arbeitsschutz und Unfallverhütung einbezogen sind, die man richtiger zu den Produktionskosten zu zählen hätte. Offensichtlich bemüht man sich im Bergbau um den Nachweis, daß, wenn sich der Sozialaufwand weiter erhöhen soll, der Staat helfen muß.

Interessant sind die Ausführungen über Arbeitskräfteprobleme, die man im ganzen Buch verstreut findet. Der Verfasser bezeichnet die Anwerbung neuer Bergarbeiter als eine Lebensfrage für den deutschen Steinkohlenbergbau und gibt die hierfür gemachten Aufwendungen mit 4,35 DM je Belegschaftsmitglied (1953) an. Er hält die Lösung des Beschäftigtenproblems nur dann für möglich, „wenn es gelingt, einen gut ausgebildeten Nachwuchs zu gewinnen“. Aus den angegebenen Zahlen (Hibernia AG) geht jedoch hervor, daß bereits im Jahre 1953 weder die Plätze in den Lehrlingsheimen noch die in den Berglehrlingsdörfern und Bergarbeiterwohnheimen voll belegt waren, was in Verbindung mit den Zahlen über die Abkehr der Neubergleute (66 vH im Jahre 1953) in der Tat sehr bedenklich stimmt.

Höffner gibt eine Fülle interessanten historischen Materials, das in Darstellung und Auswahl durchaus objektiv ist. Nicht befriedigen dagegen kann den Gewerkschafter besonders das 2. Kapitel „Kritische Erwägungen zum heutigen Sozialleistungssystem“. Höffner teilt es in das bevölkerungsstrukturelle, das wirtschaftliche und das sozialetische Problem auf. Man

erhält eine Menge von Bevölkerungszahlen, die aber in ihrer Zusammenhanglosigkeit eher verwirren, als daß sie der Klärung der Situation dienen. Die Problematik des Geburtenrückgangs und der Verlängerung der mittleren Lebenserwartung wird leider nicht objektiv dargestellt, und alles läuft darauf hinaus, Beweismaterial für die Berechtigung der Frage „Woher soll der künftig höhere Sozialaufwand genommen werden?“ zu sammeln. „Soziale Sicherheit“ (in Anführungsstrichen!) wird als neue Heilslehre bezeichnet. Höffner sieht das Subsicharitätsprinzip als Stein der Weisen an und lehnt den „Versorgungsstaat“ ab.

Bedrückend, aber auch bezeichnend ist, daß die Vertreter der freien Wirtschaft nach wie vor Wirtschaftskrisen als Selbstverständlichkeiten in ihre Betrachtungen einbeziehen. Höffner fordert eine Kassenreserve, die so angelegt werden muß, „daß sie bei Bedarf greifbar ist, vor allem wenn bei schwerer konjunktureller Arbeitslosigkeit die laufenden Beiträge zur Zahlung der Altersrenten nicht genügen“.

Die reiche Gliederung des Stoffes sowie übersichtliche Literatur-, Personen- und Stichwortverzeichnisse machen das Buch fast zu einem kleinen Nachschlagewerk. Sehr nützlich ist auch die als Anhang beigegebene Tabelle über die Höhe der Sozialbezüge bei Krankheit und Unfall, verglichen mit dem Nettolohn eines Arbeiters im rheinischwestfälischen Steinkohlenbergbau.

Kurt Fiebich